



Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche ist der Deutsche Bundestag zu seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause zusammen gekommen. Gerade in den letzten Wochen hat das Parlament viele wichtige Entscheidungen getroffen und eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Bei einigen Punkten haben wir uns als CDU/CSU mit unseren Vorstellungen dabei weitgehend durchsetzen können. Andere Entscheidungen sind geprägt vom in Koalitionen notwendigen Kompromiss.

So haben wir unser Ziel erreicht, für 2014 einen Bundeshaushalt zu verabschieden, der den Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz entspricht. Das ist ein großer Erfolg für eine tragfähige Haushalts- und Finanzpolitik. Das Bundeskabinett hat in dieser Woche zudem den Entwurf des Bundeshaushalts 2015 beschlossen. Nach der Sommerpause werden wir die Beratungen des ersten Bundeshaushalts seit über vierzig Jahren aufnehmen, dessen Nettoneuverschuldung null Euro betragen wird. Das alles ist Ausdruck der Stabilitätspolitik der Union.

Beim Rentenpaket, zu dem auch die von der Union im Wahlprogramm versprochene Mütterrente gehört, haben wir im Hinblick auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren als Union erreichen können, dass ein Ausnutzen der Regelung verhindert wird. Mit der vorgesehenen Flexi-Rente soll es zudem zukünftig flexiblere Modelle geben, auch über das Ruhestandsalter hinaus arbeiten zu können.

Auch der Mindestlohn ist in dieser Woche vom Bundestag beschlossen worden. Hierbei handelt es sich um ein Kernanliegen der SPD, das Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Hierbei ist es ebenfalls gelungen, im Gesetzgebungsverfahren Ausnahmeregelungen ins Gesetz aufzunehmen, die uns CDU/CSU wichtig sind.

Schließlich haben wir eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) angestoßen. Durch die engmaschige Verbindung zu europäischen Vorschriften und Entscheidungen der Europäischen Kommission sind die Entscheidungsmöglichkeiten allerdings begrenzt und es bedarf in nächster Zeit einiger weiterer Justierungen.

Vieles ist in diesen Wochen auf den Weg gebracht worden. Die Regierungskoalition arbeitet dabei vertrauensvoll zusammen. Das schafft Stabilität und ist gut für unser Land.

Novelle zum Asylverfahrensrecht

Der Bundestag hat am letzten Donnerstag eine Novelle zum Asylverfahrensrecht verabschiedet, mit der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufgenommen werden.

Das Asylrecht behutsam zu ändern, um den tatsächlich verfolgten Menschen wie aus Syrien besseren Schutz zu gewähren, ist der richtige Schritt. Vom Westbalkan kommen mehr Asylbewerber nach Deutschland als aus Syrien. Die Schutzquote bei syrischen Flüchtlingen liegt quasi bei 100 %, bei den Westbalkanstaaten tendiert sie gegen 0 %. Hier müssen wir im Interesse der tatsächlich verfolgten Flüchtlinge, der Bevölkerung und der Kommunen handeln.

Immer mehr Städte und Gemeinden stoßen an die Grenzen ihrer Kapazitäten, weil die Asylbewerberzahlen so schnell steigen. Seit 2009 hat sich die Anzahl der Anträge verfünffacht. In diesem Jahr werden bis zu 200.000 Asylanträge erwartet.

Um die Bearbeitung der Asylanträge zu beschleunigen, haben wir mit dem vergangene Woche beschlossenen Haushalt die Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge deutlich erhöht. Es wird künftig 300 zusätzliche Stellen zur Bearbeitung der Anträge geben. So werden Verfahrensdauern verkürzt und Unterbringungsprobleme entschärft.

Erneuerbare Energien sind wichtigste Stromquelle

Im ersten Halbjahr 2014 waren die erneuerbaren Energien die wichtigste Stromquelle, sie lösen damit die Braunkohle vom Spitzenplatz ab. Dies ist ein großer Erfolg der unionsgeführten Regierungen der letzten Jahre, die intensiv den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben haben. Der Erfolg zeigt aber auch, dass die erneuerbaren Energien kein Nischenprodukt mehr sind. Erneuerbare Energien müssen künftig mehr Verantwortung für das energiewirtschaftliche Gesamtsystem tragen.

Ein erster Schritt ist die grundlegende Reform des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), die letzte Woche im Bundestag verabschiedet wurde. Damit schaffen wir nicht nur mehr Wirtschaftlichkeit bei der Förderung, sondern leiten auch den Systemwechsel ein. Ab 2017 wird mit dem Ausschreibungsmodell nicht mehr die Politik, sondern der Markt die Fördersätze festlegen.

Die EEG Reform ist jedoch nur ein erster Schritt zur weiteren Fortführung der Energiewende, weitere werden folgen. In den kommenden Monaten werden wir uns mit weiteren energiepolitischen Vorhaben zum Netzausbau, der Energieeffizienz, dem Ausschreibungsmodell sowie dem besseren Zusammenwirken von konventionellen Kraftwerken und den erneuerbaren Energien beschäftigen.

Besuch aus den USA

Am vergangenen Montag haben mich junge Amerikanerinnen und Amerikaner im Bundestag besucht, die im Rahmen einer Sommerakademie für mehrere Wochen in Krefeld sind.



Wanderausstellung „Der Deutsche Bundestag“ in Kaarst

Ich freue mich sehr, dass es mir gelungen ist, die Wanderausstellung „Der Deutsche Bundestag stellt sich vor“ in die Galerie des Kaarster Rathauses zu holen.

Mit dieser Ausstellung unterstützt der Deutsche Bundestag seit vielen Jahren erfolgreich den Dialog zwischen den Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern. Auf zwanzig Schautafeln werden alle wesentlichen Informationen über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder gezeigt. Auf zwei Computerterminals können Filme, multimediale Anwendungen und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden. Weiterhin liegt Informationsmaterial zur Mitnahme bereit. Während der gesamten Ausstellungsdauer steht eine Person aus dem Referat Öffentlichkeitsarbeit vor Ort als Ansprechpartner und Auskunftsperson zur Verfügung.

Zur Eröffnungsveranstaltung am Montag, dem 25. August 2014, ab 19.00 Uhr im Atrium des Kaarster Rathauses (Am Neumarkt 2, 41564 Kaarst) möchte ich Sie herzlich einladen.

Als Referent konnte Herr Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte, Bonn, mit dem Thema „‘Quasselbude‘ oder Machtzentrum? - Aufgaben und Rechte des Parlaments“ gewonnen werden.

Im Anschluss haben wir noch Gelegenheit, die Ausstellung gemeinsam zu besichtigen und sich in informeller Runde zu Gesprächen zusammenzufinden. Darüber hinaus steht die Ausstellung noch bis zum 29. August 2014 allen Interessierten offen.

Herzlichst,

Impressum:

Herausgeber:
Ansgar Heveling MdB
Wahlkreis 110
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,
Krefeld, Meerbusch

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

ansgar.heveling@bundestag.de